



## Bündnis Gesund Aufwachsen in Brandenburg Beschlüsse 2014

### Arbeitsgruppe Bewegung, Ernährung, Stressbewältigung (AG BEST)

- [Verbraucherberatung Ernährung]** Das Bündnis Gesund Aufwachsen in Brandenburg unterstützt die weitere Arbeit der Verbraucherzentrale Brandenburg auf dem Gebiet der Verbraucherberatung, -bildung und -information für Kinder und Jugendliche im Bereich Lebensmittel und Ernährung. Das Bündnis hält es für erforderlich, die Aktivitäten zu verstetigen, um ein verlässliches Angebot für Brandenburg zu etablieren und damit eine dauerhafte präventive Verbraucherarbeit zu sichern. Die vielfältigen Angebote der Verbraucherzentrale sind geeignete Maßnahmen, um die gesunde Lebensweise Heranwachsender nachhaltig zu unterstützen."
- [Vernetzungsstelle Schulverpflegung]** Das BGA sieht perspektivisch Bedarf in der Ausweitung der bisherigen Beratungsangebote auf die Lebenswelt Kita und bittet die Vernetzungsstelle Schulverpflegung, diesbezügliche Handlungsoptionen zu prüfen. Darüber hinaus sollten auch Synergieeffekte in der Lebenswelt Senioren beachtet werden. \*Erläuterung: Eine Gemeinschaftsverpflegung, die gleichzeitig Kita und/oder Schule und/oder Senioren versorgt, kann bei bestimmten Voraussetzungen positive Effekte für alle beteiligten Lebenswelten sowohl unter sozialen als auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten mit sich bringen. Zu Beratungszwecken wird die Kontaktaufnahme zum „Bündnis Gesund Älterwerden im Land Brandenburg“ empfohlen.
- [UAG Bewegung]** Das Plenum bittet die AG BEST, Bewegungsaspekte im Kinder- und Jugendalter in Brandenburg verstärkt zu thematisieren und dauerhaft in der AG zu verankern. Für die Vorarbeit ist die Unter-AG Bewegung der AG BEST der geeignete Rahmen. Es sollen gute Beispiele aus dem Land Brandenburg sondiert, Bedarfe ermittelt und gegebenenfalls Handlungsempfehlungen formuliert werden.
- [Bewegungsförderung]** Das BGA-Plenum bittet die Arbeitsgruppe BEST auch in Zukunft, Initiativen und Projekte zur Bewegungsförderung (z. B. von LSB, MBS, GKV) zu beraten und zu unterstützen, um die Einführung und kontinuierliche Umsetzung von qualitätsgerechten Maßnahmen in den Feldern Bewegung, Ernährung und Stressbewältigung zu erleichtern.

### Arbeitsgruppe Frühe Hilfen und Pädiatrische Versorgung ( AG FHPV)

- [Beratungsleistungen]** Der Projektbericht „Beratungsleistungen in Frühförder- und Beratungsstellen“ formulierte Hinweise / Forderungen für eine qualifizierte Ausgestaltung und Weiterentwicklung von Beratungsleistungen in Frühförder- und Beratungsstellen.

Das Bündnis unterstützt diese Weiterentwicklung des niedrigschwelligen und rechtzeitigen Zugangs in Frühförder- und Beratungsstellen im Angebotsspektrum der Frühen Hilfen. Das Bündnis „Gesund Aufwachsen in Brandenburg“ begrüßt die Verankerung des Themas „Beratungsleistung“ im Facharbeitsgespräch Frühförderung durch die dort teilnehmenden Mitglieder der AG Frühe Hilfen.



6. **[Entwicklungsprognose ambulante und stationäre Pädiatrie]** Das Bündnis sieht unter Beachtung der Entwicklungsprognose der ambulanten und stationären kinder- und jugendmedizinischen Versorgung Handlungsbedarf. Es bittet die AG Frühe Hilfen und Pädiatrische Versorgung (AG FHPV), sich in einer separaten Sitzung mit den Thesen der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin e.V. auseinanderzusetzen und insbesondere die Prognoseinhalte hinsichtlich ihrer brandenburgischen Relevanz zu prüfen.

In personellen und institutionellen Ressourcen der ambulanten und stationären pädiatrischen Versorgung des Landes Brandenburg bestehen regional nicht nachvollziehbare Unterschiede bei der vorgehaltenen Kapazität und der Flächendeckung. Das Bündnis empfiehlt der AG FHPV, ausgehend von einer Ist-Analyse der fachärztlichen Versorgung, ein Strukturprofil für eine optimale kinder- und jugendmedizinische Betreuung zu erarbeiten.

Bei der Entwicklung von Versorgungs- und Weiterbildungsverbänden und bei der Etablierung moderner fach- und spezialärztlicher Betreuungsmodelle sollten den Akteuren vor Ort alle erdenklichen Unterstützungsmöglichkeiten gewährt werden.

Um auch in Zukunft die wohnortnahe kinder- und jugendmedizinische Versorgung aufrechterhalten zu können, sollen sektorübergreifende Kooperationen ermöglicht und gefördert werden. Dabei spielt eine zunehmende Verzahnung von stationärer und ambulanter Medizin – auch für die zukünftig zu sichernde Erbringung präventiver Leistungen (z.B. Impfprophylaxe) und staatlich-hoheitlicher Aufgabenerfüllung (z.B. KITA- und Schuleingangsuntersuchungen) – eine immer wichtigere Rolle.

7. **[Netzwerke Frühe Hilfen und Netzwerke Gesunde Kinder (NGK)]** Die Mitglieder des BGA werden gebeten, im Rahmen ihrer Zuständigkeit darauf hinzuwirken, dass die regionalen NGK

- neben den bereits bestehenden Vereinbarungen mittels einer Kooperationsvereinbarung Zugang zu allen Krankenhäusern mit Geburtsstationen gewährt bekommen;
- eng mit den Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen,
- mit den (niedergelassenen) Hebammen und
- mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten zusammenarbeiten können und
- von allen Krankenkassen i. R. ihrer Möglichkeiten finanziell, als auch sächlich unterstützt werden
- sowie eine verstärkte Integration der NGK-Arbeit in die Öffentlichkeitsarbeit der Bündnismitglieder erfolgt.

Darüber hinaus ist die Einbeziehung der regionalen NGK in den Aufbau der Netzwerke „Frühe Hilfen und Familienhebammen“ als primärpräventiver Bestandteil der Netzwerke „Frühe Hilfen“ zu gewährleisten. Vorhandene bzw. bereits etablierte Kooperationsstrukturen sollten als Basis für die Ausgestaltung der Netzwerke „Frühe Hilfen“ dienen und somit der Aufbau von Doppelstrukturen vermieden werden. Bei den Trägern und Akteuren ist das Bewusstsein zu entwickeln bzw. zu schärfen, dass sich beide Systeme gut ergänzen können.

8. **[Netzwerke Frühe Hilfen]** Das Bündnis setzt sich aktiv für die Entwicklung interdisziplinärer und bereichsübergreifender Konzepte in Verantwortung der örtlichen Jugendämter ein. Dabei plädiert das Bündnis für

1. die Weiterentwicklung einer lebensweltbezogenen regionalisierten Angebotsstruktur und
2. eine verbindliche Form der Steuerung unter Beachtung kommunalpolitischer Strukturen.

9. **[Familienhebammen in Brandenburg]** Das Bündnis setzt sich dafür ein, das Angebot der Familienhebammen in den Netzwerken Gesunde Kinder bekannter zu machen. Es unterstützt die Vermittlung von Kontakten zwischen Netzwerken und Familienhebammen sowie anderen Akteuren der Frühen Hilfen in Landkreisen und kreisfreien Städten.



10. **[Tracking im Neugeborenenhörscreening]** Das Bündnis begrüßt den Aufbau von regionalen Kompetenzzentren für hör auffällige Kinder an den Standorten Cottbus (Carl-Thiem-Klinikum) und Potsdam (Oberlinhaus) und bittet, dem Steuerungskreis jährlich über den Fortgang des Projektes zu berichten.

Das Bündnis bittet das MUGV zu prüfen, ob die Finanzierung regionaler Kompetenzzentren verstetigt werden kann.

11. **[Komplexleistung Frühförderung]** Das Bündnis bittet die AG FHPV, über den Fortgang des Prozesses zur Umsetzung der Frühförderung als Komplexleistung im Land Brandenburg auf dem 6. Plenum zu berichten und die vom Landtag angeregte Facharbeitsgruppe „Frühförderung als Komplexleistung“ beim MASF – wenn gewünscht – in ihrer Arbeit fachlich zu unterstützen.

12. **[Schulkrankenschwester]** In der Zeit vom 02.09. 2013 bis zum 31.10.2014 werden in der Phase I im Rahmen des transnationalen ESF-Projektes „Innovationskonzept schuleigene Krankenpflegefachkräfte“ ein Erfahrungstransfer und eine Machbarkeitsstudie durchgeführt. Parallel dazu wird der AWO Bezirksverband Potsdam e.V. als Phase II im II. Quartal 2014 einen ESF-Antrag für eine modellhafte Erprobung von Krankenpflegefachkräften an Schulen in den Kreisen Oberspreewald, Cottbus, Frankfurt/ Oder stellen. Für die modellhafte Erprobung bittet das Bündnis Gesund Aufwachsen die Landesregierung und andere Beteiligte um Unterstützung.

13. **[Neue Zugangswege eröffnen zur Verbesserung des Impfstatus bei Jugendlichen, da Jugendliche die größten Impflücken aufweisen]**

1.) Die Akteure des Bündnisses Gesund Aufwachsen setzen sich dafür ein, verstärkt Jugendliche über die Notwendigkeit der Auffrischimpfungen zu informieren und ihre Gesundheitsförderangebote mit der Impfprävention zu verknüpfen.

2.) Um die Bedeutung der Impfprävention bei Kindern und Jugendlichen stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken, empfiehlt die Arbeitsgruppe dem Bündnis, die Europäische Impfwache und Materialien der BZGA zu nutzen, um die Impfprävention im Land Brandenburg zu befördern.

3.) HPV-Impfungen für Mädchen werden in Brandenburg nur unzureichend durchgeführt, wie über eine Hausärzte-Befragung des Landesgesundheitsamtes ermittelt werden konnte. Zur Schließung dieser gravierenden Impflücke bei Mädchen (60% nicht HPV geimpft) wird die KV gebeten (angesprochen), insbesondere die Hausärzte zu sensibilisieren, sich hier für die Impfung der Mädchen verstärkt zur Verfügung zu stellen.

14. **[Impfaufklärung von Eltern durch Multiplikatoren fördern]** Bei den Brandenburger Kleinkindern ist das WHO-Ziel für die 2. MMR-Impfung von 95% Durchimmunisierung noch nicht erreicht. Säuglinge sind besonders gefährdet, da sie nur über einen begrenzten mütterlichen Nestschutz verfügen. Das Bündnis bittet die Arbeitsgruppe Impfprävention eine Fachveranstaltung zur Impfprävention für Multiplikatoren (wie Hebammen), die im engen Kontakt mit Eltern stehen, zeitnah umzusetzen.

15. **[Stärkung der SPZ]**

1. Das Bündnis würdigt die Arbeit der vier Sozialpädiatrischen Zentren (SPZ) im Land Brandenburg, die unter schwierigen Rahmenbedingungen chronisch kranke und behinderte Kinder und Jugendliche seit vielen Jahren gut versorgen.

2. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum und des Fachkräftemangels empfiehlt das Bündnis, die SPZ zu stärken und zukunftsfest aufzustellen. Deshalb bittet das Bündnis die AG FHPV:

a) zu prüfen, wie ein interdisziplinäres Versorgungsangebot für Kinder und Jugendliche mit chronischen Erkrankungen – wenn zusätzlich zur Grunderkrankung weitere Abweichungen in Entwicklung oder Verhalten vorliegen – etabliert werden kann und



- b) eine überprüfbare Bedarfsermittlung der sozialpädiatrischen Versorgung für das Land Brandenburg vorzulegen. Für die Bedarfsermittlung sollte die von der Deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialpädiatrischen Zentren vorgeschlagene Anhaltszahl einbezogen werden.
3. Das Bündnis empfiehlt eine strukturierte Zusammenarbeit der Sozialpädiatrischen Zentren mit den zehn Psychiatrischen Institutsambulanzen für Kinder und Jugendliche im Land Brandenburg und bittet die AG FHPV, auf dieses Ziel hinzuwirken und konkrete Umsetzungsschritte auf dem 6. Plenum 2016 vorzuschlagen.

#### Arbeitsgruppe Mundgesundheit

16. **[Vernetzung]** Studienergebnisse und bisherige Erfahrungen der interdisziplinären Herangehensweisen bei der Umsetzung der zahnmedizinischen präventiven Betreuung in den Settings Kita, Tagespflege und Schule zeigen, dass die Förderung der Mundgesundheit von Anfang an ein Prozess ist, der kontinuierlich fortgesetzt und eine unveränderte Fortschreibung der Beschlussvorlage erfolgen sollte.
17. **[Ziele]** Die im Gesundheitsbericht „Gemeinsam für gesunde Kinderzähne – 20 Jahre Gruppenprophylaxe im Land Brandenburg“ dargestellten Ergebnisse der zahnmedizinischen Gruppenprophylaxe und der Mundgesundheit verdeutlichen, dass die Maßnahmen der Betreuungskonzepte zur Verbesserung der Mundgesundheit führen. Daraus resultiert die Empfehlung zur unveränderten Fortschreibung der Beschlussvorlage.

#### Arbeitsgruppe Seelische Gesundheit (BV 20 zusammen mit der AG BEST)

18. **[Bericht Seelische Gesundheit]** Das Bündnis bittet die AG Seelische Gesundheit, die Ergebnisse zur gesundheitlichen Lage und zur gesundheitlichen Versorgung allen Akteuren des Landes Brandenburg in Publikationsform zur Verfügung zu stellen und hieraus überprüfbare Ziele für Verbesserungsmöglichkeiten der gesundheitlichen Lage und Versorgung zu formulieren. Die Ergebnisse sollen im Rahmen von Veranstaltungen der AG oder anderen geeigneten Fachveranstaltungen vorgestellt werden.
19. **[Inklusion]** Das Plenum bittet die AG Seelische Gesundheit, in Zusammenarbeit mit den anderen Arbeitsgruppen des Bündnisses und mit Vertretern der zuständigen Ministerien eine Veranstaltung unter der Fragestellung „Was bedeutet Inklusion für die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen? – Herausforderungen für Frühe Hilfen und die gesundheitliche Versorgung des Landes Brandenburg“ auszurichten. Die Ergebnisse sollen allen interessierten Akteuren zur Verfügung gestellt und Handlungsschwerpunkte in einem Leitfaden für die weitere Arbeit des Bündnisses ausgewiesen werden (u.a. Stress, Seelische Gesundheit, Ernährung).
20. **[Primärprävention]** Das Plenum des Bündnisses bittet die AG Seelische Gesundheit das Handlungsfeld Primärprävention zukünftig gemeinsam mit der AG BEST unter dem Schwerpunkt Gesundheitsförderung (Health Promotion) und Krankheitsprävention zu bearbeiten. Durch die Erarbeitung eines Wegweisers zu Präventionsmaßnahmen und –angeboten soll die Verfügbarkeit wirksamer Präventionsangebote psychischer Störungen sowie von Streßbewältigungsangeboten im Land Brandenburg erhöht werden. Im Ergebnis soll langfristig angestrebt werden, dass landesweit wirksame Gesundheitsförderungs- und Präventionsangebote seelischer Gesundheit bekannt, unterstützt, begleitet und ausgebaut werden (u.a. „Verrückt? Na und!“ als schulisches Präventionsprojekt; „You’ll never walk alone“ als Kooperationsprojekt zwischen Kinder und Jugendpsychiatrie/-psychotherapie und Jugendhilfe). Hierbei ist die enge Zusammenarbeit mit den relevanten Leistungsträgern der gesundheitlichen Versorgung erforderlich.



**Arbeitsgruppe Unfall- und Gewaltprävention**

**21. [Unfallprävention im häuslichen Bereich]**

1. Die Unfallprävention von kleinen Kindern im häuslichen Bereich ist zu verstärken, da Säuglinge und kleine Kinder weiterhin die höchsten Krankenhausbehandlungsraten von allen Kindern aufweisen und diese in Brandenburg zunehmen. Daher empfiehlt das Bündnis, die Information von Eltern zu Unfallprävention im häuslichen Bereich auf eine breitere Basis zu stellen und weitere Zugangswege zu ermöglichen wie über Tagesmütter, Kitas, Netzwerke Frühe Hilfen, etc.
2. Daher soll über eine Fachtagung (von Null an sicher) ein breites Netzwerk von Akteuren, die Eltern erreichen, angesprochen werden, um zielgerichtete Unfallpräventionsmaßnahmen zu befördern.

**22. [Gewaltprävention an Schulen]**

1. Das Bündnis begrüßt die Initiative des MBS, Gewaltprävention an Schulen nachhaltig zu stärken, da das Brandenburger Verletzungsmonitoring zeigt, dass tätliche und gewaltsame Auseinandersetzung von Schülern in Schulen häufig auch zu Verletzungen führen, die ärztlich behandelt werden müssen.
2. Das Plenum bittet die AG Unfall- und Gewaltprävention, „Leuchtturmprojekte“ aus dem Bereich der Unfall- und Gewaltprävention zur Zertifizierung über das WHO Programm der „safe schools“ vorzuschlagen.